

## Eidgenössische Kommission für Migrationsfragen

### Medieninformation

**26. Oktober 2009**

#### **EKM zur Minarett-Initiative: Ein klares Nein zu Islam-Feindlichkeit ist nötig**

Die Eidgenössische Kommission für Migrationsfragen EKM lehnt die Initiative zur Verhinderung des Baus von Minaretten einstimmig ab. Die Kommission setzt sich dafür ein, dass in der Schweiz alle Religionsgemeinschaften Kirchen, Tempel und Moscheen (inkl. Minarette) bauen dürfen, wenn sie im Einklang mit den lokalen Planungs- und Bauvorschriften sind. Der – ohne Gesetzesvorschriften – erreichte helvetische Konsens, dass kein Muezzin vom Minarett ruft, erscheint der Kommission vernünftig.

Die EKM bedauert, dass diese Initiative überhaupt zur Abstimmung gelangt. Das Minarettverbot schränkt das Recht auf freie Religionsausübung ein, ist diskriminierend und betrifft Planungs- und Baufragen, welche auf gemeindlicher und kantonaler Ebene angesiedelt sind. Ein Minarettverbot hat in der Verfassung der Eidgenossenschaft nichts zu suchen. Nach Meinung der Kommission braucht es eine grundsätzliche Überprüfung der Kriterien, nach welchen ein Volksbegehren auf seine Gültigkeit hin untersucht wird. Möglicherweise ist die Hürde "Verstoss gegen zwingendes Völkerrecht", auf welche Volksbegehren aktuell untersucht werden, zu tief angesetzt.

Die EKM befürchtet eine Gefährdung des religiösen Friedens. Die Initianten zielen zwar auf das Minarett, möchten aber die Menschen, die in eine islamische Glaubensgemeinschaft hinein geboren wurden, treffen. Musliminnen und Muslime fühlen sich angegriffen. Viele sind verunsichert, sind verletzt, fühlen sich ausgeschlossen. Dies gilt auch für die grosse Mehrheit jener Muslime, welche ihren Glauben wenig oder nicht praktizieren. Davon zeugen zahlreiche persönliche Stellungnahmen. So schreibt etwa Kais Fguiri, Mitglied der EKM, im Blog der EKM ([www.migration-news.ch](http://www.migration-news.ch)): «Die Verletzung rührt auch daher, dass die Angriffe (im Rahmen der Abstimmungskampagne) nicht unterscheiden zwischen gewalttätigen Islamisten und gewöhnlichen Bürgern muslimischen Glaubens.»

Nach Ansicht der EKM provoziert die Minarett-Initiative eine Scheindiskussion. Die Kommission ruft deshalb dazu auf, in politischen Debatten wieder konkrete Anliegen in den Mittelpunkt zu stellen, welche für die Integration wirklich wichtig sind. Dazu gehört die Ausbildung von Imamen, aber auch die öffentlich-rechtliche Anerkennung von weiteren Glaubensgemeinschaften.

Damit der interreligiöse Dialog konstruktiv weitergeführt werden kann, braucht es am 29. November ein klare Absage zum Minarettverbot. Ein klares Nein wäre nicht so sehr ein Ja zum Minarett, sondern in erster Linie ein Nein zu Islam-Feindlichkeit.

#### *Links zu weiteren Stellungnahmen*

- EKM-Blog [Swiss Migration News](#)
- [Eidg. Kommission gegen Rassismus](#)
- [Schweiz. Evangelischer Kirchenbund](#)
- [Informationsplattform humanrights.ch](#)
- [Verband evangelischer Freikirchen und Gemeinden in der Schweiz](#)
- [Die Schweizerische Evangelische Allianz](#)

---

**14. Oktober 2009**

#### **Schweizer Integrationspreis 09 geht nach Marly**

"Marly sympa" gewinnt den Schweizer Integrationspreis, der 2009 zum dritten Mal von der Eidgenössischen Kommission für Migrationsfragen vergeben wird. Mit dem Preis wird die langjährige und kreative Arbeit der Freiburger Gemeinde Marly für ein besseres Zusammenleben in den Quartieren ausgezeichnet.

Die Preisverleihung findet am 29. Oktober anlässlich der [Jahrestagung der EKM](#) in Olten statt.

---

**22. September 2009**

**Eidgenössische Kommission für Migrationsfragen lanciert News-Blog**

## **Swiss Migration News**

**Mit den "Swiss Migration News" bietet die Eidgenössische Kommission für Migrationsfragen eine neue Dienstleistung an: Sie sammelt und veröffentlicht Meldungen zu interessanten Entwicklungen im Bereich der Migration. Zudem soll der Blog zu einer wichtigen Stimme in Debatten zu aktuellen Gesellschaftsfragen werden. In dieser Woche publiziert die EKM auch zwei neue Studien: Eine Publikation befasst sich mit den Informationsnetzwerken von Zugewanderten, die andere mit Identitätsbildung bei Migrantenvereinen.**

Der neue Blog "Swiss Migration News" ([www.migration-news.ch](http://www.migration-news.ch)) besteht aus drei Teilen: News zum aktuellen Migrationsgeschehen, Meinungen zu migrationsrelevanten Fragen sowie Hinweise auf Neuerscheinungen auf dem Büchermarkt. Er wurde am 22. September von der Eidgenössischen Kommission für Migrationsfragen (EKM) lanciert. Zu den Autorinnen und Autoren der Meinungen gehören die Mitglieder der EKM sowie eingeladene Gäste. Die EKM möchte mit dem neuen Blog eine Informationslücke schliessen. Relevante Meldungen über Entwicklungen im Migrations- und Integrationsbereich in der Schweiz werden gesammelt und stehen später für Interessierte auch als Archiv zur Verfügung. Von den Meinungsbeiträgen erhofft sich die Kommission eine Lancierung von interessanten Debatten über wichtige Gesellschaftsfragen.

Die EKM lanciert ihren neuen Blog im Rahmen des Informationsauftrages, der im Ausländergesetz verankert ist. Dazu gehören auch zwei Neuerscheinungen in der Publikationsreihe "Materialien zur Migrationspolitik": "Wege zu einer besseren Kommunikation" befasst sich mit der Frage, wie sich Behörden am besten an die Öffentlichkeit richten, damit sicher gestellt ist, dass die Informationen, die sie weitergeben wollen, die anvisierten Zielgruppen auch erreichen. Die Eidgenössische Kommission für Migrationsfragen EKM, das Bundesamt für Migration BFM sowie das Bundesamt für Gesundheit BAG haben sich diese Frage insbesondere im Hinblick auf die Migrationsbevölkerung gestellt. Die Studie verweist auf gute Beispiele aus dem In- und Ausland, wie mit Migrantenorganisationen zusammengearbeitet werden kann. Allerdings zeigt die quantitative Befragung von Albanisch-Sprechenden und von Türkinnen und Türken über deren Informationskanäle, dass Organisationen von Migrantinnen und Migranten sowie Interessenvereinigungen für die Vermittlung von Information zwar eine Rolle spielen, jedoch nicht den hohen Stellenwert haben, den man annehmen könnte. Weit wichtiger sind persönliche Netzwerke im Familien- und Freundeskreis, Fachpersonen wie Apotheker, Hausärztinnen oder Anwälte sowie Internet und weitere Medien. Die Befragung der Kontrollgruppe von Schweizerinnen und Schweizern zeigte dabei Überraschendes: Einheimische und Zugewanderte unterscheiden sich in ihrem Informationsverhalten nur in minimal! Es gilt daher, in Zukunft nicht nur partnerschaftliche Kooperationen mit Organisationen von Zugewanderten einzugehen, sondern auch die bisher unterschätzten persönlichen Netzwerke einzubeziehen und die bislang wenig beachtete Rolle von Fachpersonen in die Ausgestaltung einer für alle Bevölkerungsteile adäquaten Informationspolitik zu berücksichtigen.

Druckfrisch ist auch die deutsche Version einer Studie zu Identitätsfragen: "Wir, ich - die anderen" beschreibt Prozesse der Identitätsbildung im Rahmen von Migrantenvereinen. Die Studie zeigt auf eindrückliche Weise, wie komplex solche Prozesse sind. Während beispielsweise das Modell «Kulturverein» im Sinne von «wir sind wir und die anderen sind die anderen» die Bedürfnisse der ersten Generation von Zuwandernden durchaus abdeckt, können sich Angehörige der zweiten Generation weit weniger damit identifizieren.

Download und Bestellung der Studien: [www.ekm.admin.ch](http://www.ekm.admin.ch)

Der neue Blog: [www.migration-news.ch](http://www.migration-news.ch)

---

**11. Juni 2009**

**Wenn Behörden und Vereine am gleichen Strick ziehen**

Rund 120 Vertreterinnen und Vertreter kantonaler und kommunaler Ausländerkommissionen haben sich auf Einladung der Eidgenössischen Kommission für Migrationsfragen (EKM) am 10. Juni in Liestal getroffen. Im Mittelpunkt der Tagung stand die Zusammenarbeit zwischen Behörden und Vereinen. Dabei erwies es sich als wenig bekannt, dass die Behörden mit dem neuen Ausländergesetz verpflichtet sind, in der Integrationsarbeit mit Ausländerorganisationen zusammenzuarbeiten. Regierungsrätin Sabine Pegoraro, Vorsteherin der Sicherheitsdirektion des Kantons Basel-Landschaft, würdigte in ihrer

Begrüssung die Bedeutung dieser Zusammenarbeit: "Wenn wir in unserer Integrationspolitik nicht auf die Vereine zählen könnten, wäre vieles sehr viel schwieriger, wäre vieles sehr viel teurer."

Als gute Beispiele wurden an der Tagung Projekte aus Lausanne und St.Gallen vorgestellt. So organisiert die Stadt Lausanne zusammen mit zahlreichen Vereinen eine Aktionswoche unter dem Namen "Lausanne avec couleurs"; mit zahlreichen Aktivitäten wie Ausstellungen, Theaterdarbietungen, Märchenstunden für die Kleinen oder Kurzfilmen. Ein Grossteil der Sportvereine im Kanton St.Gallen macht bei "Sport-verein-t" mit. Bei aktivem Einsatz für die Integration von Ausländerinnen und Ausländern erhalten sie ein zwei Jahre gültiges Qualitätslabel. Da örtliche Behörden dieses Label anerkennen, profitieren die Sportvereine und -verbände von gewissen Privilegien.

In kleinen Diskussionsgruppen wurden Erfahrungen über das Zusammenwirken von Vereinen, Behörden und Kommissionen ausgetauscht. EKM-Präsident Francis Matthey wies abschliessend darauf hin, dass bei der Zusammenarbeit von Behörden und Vereinen noch einiges zu klären sei, etwa im Hinblick auf die Freiwilligenarbeit und die beschränkten finanziellen Mittel. Wenn sie jedoch am gleichen Strick ziehen würden, dann könnten alle profitieren.

---

**9. März 2009**

**Jahresmedienkonferenz der Eidgenössischen Kommission für Migrationsfragen**

## **Schweiz soll wieder regelmässig Flüchtlingsgruppen aufnehmen**

**Die Eidgenössische Kommission für Migrationsfragen hat an ihrer Jahresmedienkonferenz einen Bericht vorgelegt, welcher den Bundesrat auffordert, wieder regelmässig Flüchtlingsgruppen aufzunehmen. Sie schlägt vor, dies nicht als Einzelmassnahme (Fortführung der in den 90er Jahren eingestellten Kontingentspolitik) zu sehen, sondern als Bestandteil einer neuen Flüchtlingsausserpolitik. Eine Revision von Ausländer- und Asylgesetz, kurz nach Inkrafttreten, lehnt die Kommission einhellig ab. Die Ausschaffungsinitiative sei für ungültig zu erklären oder abzulehnen, ein indirekter Gegenvorschlag sei nicht nötig.**

Von 1950 bis 1995 hat die Schweiz im Rahmen von Wiederansiedlungsprogrammen regelmässig Flüchtlinge aufgenommen. 1991 verpflichtete sich der Bundesrat letztmals, während vier Jahren jährlich 500 Flüchtlinge im Rahmen des UNHCR-Programms aufzunehmen. Man bezeichnete dies damals als Kontingentspolitik. Wegen der vielen individuellen Gesuche von Balkan-Flüchtlingsgruppen in den 90er Jahren hat der Bundesrat diese Aufnahmepolitik eingestellt. Die EKM hat dem Bundesrat im Herbst 2008 einen Bericht zur «Aufnahme von Flüchtlingsgruppen und Hilfe vor Ort» abgeliefert. Sie empfiehlt, dass sich die Schweiz wieder an den Wiederansiedlungsprogrammen beteiligt, im Rahmen von 200 bis 300 Flüchtlingen pro Jahr. Die gesetzlichen Grundlagen dazu bestehen, die finanziellen Mittel müssten bereitgestellt werden. Die Kommission schätzt, dass es dazu 20 bis 30 Millionen Franken pro Jahr brauchen würde. Das Geld könnte für die Aufnahme von Flüchtlingsgruppen eingesetzt werden oder für Wiederansiedlungsprogramme vor Ort (in der Regel in einem Nachbarstaat der Geflohenen). Mit einer solchen Politik würde jenen Flüchtlingen geholfen, die am stärksten auf Schutz angewiesen sind. Sie können nicht in ihre Heimat zurückkehren und leben in der Regel seit vielen Jahren in einem Erstaufnahmeland in prekären Verhältnissen.

Die Kommission hat sich auch intensiv mit der vorgeschlagenen Revision des Ausländer- und Asylgesetzes befasst. Sie empfiehlt, auf die Revision des Asylgesetzes so kurz nach der letzten Revision zu verzichten. Vielmehr sei mittelfristig das Verfahren einer grundsätzlichen Evaluation zu unterziehen und zu prüfen, ob nicht eine radikale Vereinfachung, sowohl des Verfahren wie des Gesetzes, angezeigt wäre.

Den indirekten Gegenvorschlag zur Ausschaffungsinitiative lehnt die EKM einstimmig ab. Die aktuelle Gesetzgebung reiche völlig aus, um ausländische Kriminelle angemessen zu bestrafen und allenfalls auszuweisen. Die Kommission fordert das Parlament auf, die Gültigkeit der Initiative sorgfältig zu prüfen. Da die Initianten alle Straffälligen mit bestimmten Vergehen ausweisen wollen, scheint das Non-Refoulement-Prinzip, das zum zwingenden Völkerrecht gehört, verletzt.

Schliesslich hat sich die EKM mit dem Thema Frühförderung befasst. Aufgrund einer umfassenden Bestandesaufnahme, was in der Schweiz gegenwärtig im Bereich der Frühförderung angeboten, diskutiert und geplant wird, hat sie eine Reihe von Empfehlungen erarbeitet. Die Kommission vertritt dabei eine dezidiert gesamtgesellschaftliche Perspektive: Integrationspolitische Anliegen in diesem Bereich seien in eine Gesamtstrategie von frühkindlicher Betreuung, Bildung und Erziehung

einzubinden. Ein solcher Blickwinkel sei auch in Bezug auf die Sprachförderung umzusetzen, denn nur eine integrative Sprachförderpolitik, welche sowohl der Erst- wie auch der Zweitsprache angemessen Rechnung trägt, sei der Integration dienlich.

- [Publikationen](#)

---

## **12. Januar 2009**

### **Bewegungsfreiheit nicht aufs Spiel setzen**

Seit 2002 gelten die Bilateralen Abkommen zwischen der Schweiz und den EU- und Efta-Staaten. Seither können sich Personen innerhalb Europas viel freier bewegen, das Leben und Arbeiten in einem anderen Land wurde bedeutend erleichtert. Im Februar 2009 gilt es, ein weiteres Mal an der Urne ein Ja oder ein Nein zu einer Europa-Vorlage einzulegen. Und auch dieses Mal wird der Abstimmungskampf von den Gegnern sehr emotional geführt. Thematisiert wird der "freie" Zutritt für Kriminelle und billige Arbeitskräfte. Doch darum geht es bei der Abstimmung zur Weiterführung der Personenfreizügigkeit und zur Ausweitung auf die neuen EU-Staaten Rumänien und Bulgarien nicht. Auf dem Spiel steht nichts Geringeres als unsere Freiheit, uns dort niederzulassen, wo wir wollen und eine entsprechende Arbeitsstelle finden. Dies gilt nicht nur für die rund 1.5 Millionen ausländischen Staatsangehörigen, die sich für die Schweiz entschieden haben, sondern – und das wird oft vergessen – auch für viele Schweizer und Schweizerinnen. Denn über 400'000 der rund 700'000 Schweizer Bürgerinnen und Bürger, die im Ausland leben, haben in einem EU-Land ihre temporäre oder dauernde Heimat gefunden. Die Möglichkeit, sich das berufliche Rüstzeug auch im Ausland zu holen, ist zudem eine wichtige Perspektive für junge Leute.

Die Eidgenössische Kommission für Migrationsfragen (EKM) spricht sich einstimmig für ein Ja zur Weiterführung und Ausweitung der Personenfreizügigkeit aus. Sie habe sich bewährt, und es sei nicht vorstellbar, die erreichten Fortschritte in der Bewegungsfreiheit aufzugeben, argumentiert die Kommission. Selbstverständlich müsse das Abkommen auf die neuen Staaten der EU ausgeweitet werden. Die Schweiz könne nicht die Angehörigen zweier EU-Länder diskriminieren. Jene, welche eine "unkontrollierte Zuwanderung von Arbeitskräften" befürchten, weist sie darauf hin, dass laut Freizügigkeitsabkommen nur jemand, der Arbeit oder eigenes Vermögen hat, eine Aufenthaltsbewilligung erhält. Zudem müssen Löhne und Arbeitsbedingungen überprüft werden, um Lohndumping zu verhindern. Die im Abstimmungskampf verwendeten Klischees von den "Kriminellen aus Osteuropa", welche vor allem auf Roma oder Fahrende zielen, weist die EKM entschieden zurück. Einmal mehr würden damit Minderheiten zu Unrecht stigmatisiert.

Die EKM verweist schliesslich auf die Bedeutung der Europäischen Union als Markt und Lebensraum für 500 Millionen Menschen. Es sei im Interesse der Schweiz, sich darin, so gut wie möglich, zu integrieren.

---

## **7. November 2008**

### **Die Schweiz als «Willensgemeinschaft»**

Die Schweiz versteht sich als Willensnation. Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf hat am Donnerstag an einer Tagung der Eidgenössischen Kommission für Migrationsfragen dazu aufgerufen, zusätzlich eine «Willensgemeinschaft Schweiz» zu schaffen. Eine Gemeinschaft, die auf den Werten der Bundesverfassung basiere: «Rechtsstaat, Demokratie und Grundrechte sind der innere, unantastbare Kern, auf dem unser Land aufbaut. Was die schweizerische Identität darüber hinausgehend ausmacht, was darüber hinaus zu unserer vorgestellten 'Willensgemeinschaft' gehören soll, bleibt eine zu diskutierende Frage.»

Die EJPD-Vorsteherin hat mit ihrer Rede die Jahrestagung der Eidgenössischen Kommission für Migrationsfragen EKM «Über das Definieren von Identität» eröffnet. Sie betonte, dass das Einwanderungsland Schweiz von einem vier- zu einem vielsprachigen Land geworden sei. Und so, wie die Schweizerinnen und Schweizer nach 1848 in einem langen Prozess ihre schweizerische Identität hätten finden müssen, so gelte es nun, mit allen Einwohnerinnen und Einwohnern einen «Weg des friedlichen Zusammenlebens zu finden». Jürgen Nowak vom Europa-Institut für Soziale Arbeit in Berlin bezeichnete es in seiner Rede als Fehler, dass Deutschland bis 1998 geleugnet habe, ein Einwanderungsland zu sein. Obwohl die Wissenschaft schon früher auf die Auswirkungen und Probleme einer solchen Haltung hingewiesen habe, sei sie erst sehr spät korrigiert worden. Die aktuelle

Debatte über die «deutsche Leitkultur» betrachtet er skeptisch und wenig hilfreich. Parallelgesellschaften seien primär sozialer und nicht ethnischer Natur.

In Frankreich löste die Schaffung eines «Ministeriums für Immigration und nationale Identität» hitzige und lang andauernde Debatten aus. Serge Slama von der Université Evry Val-d'Essonne erläuterte die Gründe für die heftigen Proteste, im Besonderen die Befürchtung, damit nationalistischen Ideologien und Fremdenfeindlichkeit Nahrung zu geben. In seinem Grundsatzreferat leuchtete Hans-Rudolf Wicker von der Universität Bern die Konstruktion von kollektiven Identitäten aus. Was in der kleinen Gemeinschaft funktioniert, muss im grossen Staatsgebilde nicht unbedingt gelingen. Wenn für Nationen Identitäten geschaffen würden, dann handle es sich um «imaginierte Gemeinschaften», welche zwingend Personen und Gruppen einbinden oder ausgrenzen würden. Solche Versuche, kollektive Identitäten zu bilden, sollten kritisch beobachtet werden, riet Wicker.

An der EKM-Tagung in Bern, die von rund 180 Personen besucht wurde, wurde auch über aktuelle Debatten und Perspektiven in der Schweiz berichtet. Im Rahmen eines von der EKM in Auftrag gegebenen Forschungsprojekts über den politischen Diskurs im Zusammenhang mit der Einbürgerungs-Abstimmung dieses Jahres stellten die Forscher der Universität St.Gallen in ihrer Diskursanalyse fest, dass es den Initianten gelang, nebst den Kategorien «Schweizer» und «Ausländer» eine neue Kategorie, nämlich jene der «Eingebürgerten» zu kreieren und in der Debatte zu verankern. Mit den unterschiedlichen Rollen von Migrantenvereinen, die zweifellos auch identitätsbildend wirken, hat sich ein Team der Universität Lausanne beschäftigt. Und schliesslich war auch von Initiativen zur Identitätsstiftung die Rede. Der Sommer-Cortège GloBâle, an dem sich verschiedene Gruppen, die in Kleinbasel leben, mit Musik und Tänzen vorstellten, konnte sich nicht zur Tradition entwickeln. Das von London übernommene Konzept des Sommer-Karnevals war am Rhein aber nicht erfolgreich. Jede Gemeinschaft muss wohl selber ihr Konzept und ihr Modell erarbeiten, ausgehend von den Bedürfnissen und Möglichkeiten der Beteiligten. Kollektive Identität lässt sich kaum von oben und von aussen verordnen.

---

## **5. September 2008**

### **Zugewanderte besser beteiligen**

Politische Partizipation ist ein wichtiger Teil im Integrationsprozess. Darum unterstützt die Eidgenössische Kommission für Migrationsfragen (EKM) im Rahmen des Integrationskredits des Bundes Modellvorhaben, welche die politische Partizipation von Ausländerinnen und Ausländern fördern.

In zwei Kantonen können auch Bewohner, die nicht über einen Schweizer Pass verfügen, abstimmen. Weitere fünf Kantone haben ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger das Stimm- und Wahlrecht auf kommunaler Ebene erteilt. Die EKM setzt sich dafür ein, dass Ausländerinnen und Ausländer weitgehend an politischen Prozessen beteiligt werden. Das ist auch in Kantonen und Gemeinden möglich, die kein Ausländerstimmrecht kennen, zum Beispiel über die Teilnahme bei Vernehmlassungen, über einen Einsitz im Elternrat der Schule oder in einer Konsultativkommission.

Die EKM will politische Mitsprache- und Mitwirkungsmöglichkeit von Zugewanderten fördern. Im Fokus stehen dabei die Meinungsbildung und Willensäusserung, aber auch die Verbreitung und Aneignung von Wissen über demokratische Prinzipien und die Grundrechte. Projekte, welche entsprechende Ziele anvisieren, können als Modellvorhaben im Rahmen des Integrationskredits unterstützt werden. Die entsprechende Ausschreibung «Citoyenneté – aktive Bürgerschaft» wurde soeben eröffnet. Über Bedingungen, Zeitrahmen und Inhaltliches orientiert die Website der EKM: [www.ekm.admin.ch](http://www.ekm.admin.ch).

- [vollständige Ausschreibung Citoyenneté](#) (PDF)
- [Modellvorhaben](#)

---

## **20. Mai 2008 Jahresmedienkonferenz**

### **Neue Kommission hofft auf mehr Opposition gegen Einbürgerungsinitiative**

Die Eidgenössische Kommission für Migrationsfragen (EKM) befasst sich in ihrem ersten Jahr schwerpunktmässig mit Fragen zu kollektiven Identitäten und der Möglichkeit, wieder Flüchtlinge im Rahmen von Kontingenten aufzunehmen. Sie zeigt sich besorgt, dass bei einer allfälligen Annahme der Einbürgerungsinitiative eine längere Periode kritischer Diskussionen bevorstehen würde, unter denen Ausländerinnen und Ausländer leiden würden.

Aus den beiden bisherigen ausserparlamentarischen Kommissionen für Ausländer und Flüchtlinge ist am 1. Januar 2008 die Eidgenössische Kommission für Migrationsfragen entstanden. Sie umfasst 30 Mitglieder – rund die Hälfte mit nicht-schweizerischer Herkunft – und wird von Francis Matthey, dem bisherigen Präsidenten der EKA, und den beiden Vizepräsidentinnen Dragoslava Tomovic und Barbara Walther geleitet. An ihrer zweitägigen Plenarsitzung hat die Kommission am Flughafen Zürich die Asylunterkunft und das Flughafengefängnis besichtigt. Im Rahmen einer Arbeitsgruppe erarbeitet sie einen Vorschlag für die Wiederaufnahme der Kontingentspolitik für Flüchtlinge. Auf die gruppenweise Aufnahme von Flüchtlingen, die in einem Erstaufnahmeland auf ihre Weiterreise warten, verzichtet die Schweiz seit den 1990er Jahren mit dem Hinweis auf die hohen Gesuchszahlen in der Schweiz selbst.

Neben Asylfragen gehört die Integrationsthematik zum Aufgabenfeld der neuen Kommission für Migrationsfragen. Sie kann sich dabei auf die früheren Arbeiten der Eidgenössischen Ausländerkommission stützen und gibt beispielsweise weiterhin die Fachzeitschrift zu Integration und Migration, «terra cognita», heraus. Soeben ist die zwölfte Ausgabe erschienen. Sie behandelt verschiedene migrationspolitische Aspekte des Sports. Eine wichtige Rolle für die Integration spielen Definitionen und Diskurse zur Identität. Dies gilt sowohl für die einzelne Person wie für ein Kollektiv. Die Kommission will sich in diesem und im nächsten Jahr mit den Ursachen, Gefahren und Chancen solcher Identitätsdiskurse beschäftigen.

Die EKM hat bereits im Februar die Nein-Parole zur Initiative «Für demokratische Einbürgerungen» beschlossen. Den aktuellen Abstimmungskampf beobachtet sie mit grosser Sorge und bedauert, dass es keine breite, gut sichtbare Opposition gegen die Vorlage gibt. Sollte die Initiative angenommen werden, befürchtet die Kommission, dass über eine längere Zeit an verschiedenen Orten ausländerkritische Debatten geführt würden.

An ihrer Jahresmedienkonferenz hat die EKM auch den letzten Jahresbericht der EKA präsentiert. Er schaut aber nicht nur zurück auf 2007, sondern auf die 37 Jahre der EKA, die 1970 als «Konsultativkommission für das Ausländerproblem» eingesetzt worden war.

- [Medienmitteilung](#) (PDF)
- [Rapport annuel '07 de la Commission fédérale des étrangers](#) (PDF, 2 MB)

---

## 6. Mai 2008

### **Nein zur Volksinitiative «Für demokratische Einbürgerungen» Das Recht auf ein faires Verfahren**

Die Eidgenössische Kommission für Migrationsfragen (EKM) sagt Nein zur Volksinitiative «Für demokratische Einbürgerungen». Auch bei der Einbürgerung hat jede Person das Recht auf ein Verfahren, das weder willkürlich noch diskriminierend ist. In der Schweiz gibt es kein Recht auf Einbürgerung, ein Recht auf ein faires Verfahren aber schon. Dazu gehört zwingend eine Beschwerdemöglichkeit.

Die Initiative will, dass ein von der Gemeinde bestimmtes Organ endgültig über das Gemeindebürgerrecht entscheidet. Damit wären Urnenentscheide wieder möglich und die Überprüfung durch eine gerichtliche Instanz ausgeschlossen. Dies steht nach Ansicht der EKM im Gegensatz zu den in der Verfassung verankerten Grundrechten. Jede Person, die das Schweizer Bürgerrecht erlangen will, muss Gewähr haben, dass sie nicht schutzlos Diskriminierung und Willkür ausgesetzt ist. Ein an der Urne gefällter Entscheid, gegen den keine Beschwerdemöglichkeit besteht, erfüllt diese fundamentale Anforderung aber nicht.

Die EKM ist überzeugt, dass das bestehende dreistufige System urdemokratisch ist. Denn die Kriterien und Verfahrensregeln werden auf kantonaler und eidgenössischer Ebene in demokratischen Verfahren ausgehandelt. Die Mitglieder der Behörden, welche die Gesuche prüfen, sind demokratisch gewählt. Zudem berichten die meisten Gemeinden, die in den letzten Jahren von Urnenabstimmungen zu einem anderen Verfahren gewechselt haben, über positive Erfahrungen.

Integrierte Ausländerinnen und Ausländer sollen die Gelegenheit zur Einbürgerung haben. Davon profitiert die Schweiz. So wächst die Zahl der Schweizerinnen und Schweizer seit einigen Jahren nur noch aufgrund der Einbürgerungen. Gemessen an der Gesamtbevölkerung betrug 2007 die Einbürgerungsquote 0.58 Prozent, gemessen an der ausländischen Bevölkerung 2.75 Prozent. Mehr als 40 Prozent der Eingebürgerten sind bereits in der Schweiz geboren. Rund 900'000 Ausländerinnen und Ausländer wohnen bereits seit mehr als 12 Jahren in der Schweiz, erfüllen also die minimale

Wohnsitzfrist, um ein Einbürgerungsgesuch zu stellen. Wenn in einem Jahr 45'000 Personen eingebürgert werden, kann keinesfalls von «Masseneinbürgerung» gesprochen werden.

Die Chance, Schweizerin oder Schweizer zu werden, ist nicht überall gleich gross. Sie hängt nicht unwesentlich davon ab, wo jemand wohnt. Die Eidgenössische Kommission für Migrationsfragen tritt für eine Verbesserung der Chancengleichheit ein. Bei gleichen Voraussetzungen sollte auch der Einbürgerungsentscheid derselbe sein – in Arbon wie in Yverdon. Die Initiative, über die am 1. Juni abgestimmt wird, zielt aber in die andere Richtung, sie führt zu noch grösseren Unterschieden zwischen den 2700 Gemeinden.

Die EKM betont, dass in der Schweiz jede Person das Recht auf ein faires Verfahren hat. Deshalb empfiehlt sie ein klares Nein zur Einbürgerungsinitiative der SVP.

- [Medienmitteilung](#) (PDF)
- [Argumentarium](#) (PDF)
- [Flyer mit den 3 wichtigsten Argumenten](#) (PDF)
  
- [Zum Seitenanfang](#)

---

Eidgenössische Kommission für Migrationsfragen

[Kontakt](#) | [Rechtliches](#)

---